

Vermögen- und Erbschaftsteuern durch die Hintertür Pflege macht Sorge

Keine Pflegevorsorge zu haben, betrifft nicht nur die Pflegebedürftigen. Auch angesparte Vermögen und Erbschaften werden vernichtet.



Foto: Fotolia.com/Robert Kneschke

Von „Altersarmut droht“ bis „Unsere Pensionen sind sicher“ - Rentenfinanzierung ist in aller Munde. Dabei tickt eine weitere Zeitbombe, die noch unterschätzt wird: Die Pflege und deren Kosten. Warnende Stimmen sprechen gar davon, dass durch die finanzielle Belastung aus dem Titel Altenpflege die - im Wahlkampf von einigen geforderte - Vermögen- und Erbschaftsteuer de facto schon heute zuschlägt.

Die Schattenseiten des Alterns

Schön ist, dass unsere Lebenserwartung steigt - jedes Jahr um drei Monate, die jetzigen Volksschulkinder haben bereits eine Lebenserwartung von 100 Jahren. Schön ist auch, dass die Zahl der „Hochbetagten“, das sind laut Statistik Austria die Über-80-Jährigen, sich bis 2050 mehr als verdreifacht. Weniger schön ist, dass wir nicht alle gesund

und rüstig bis an unser Lebensende die Tage genießen werden. Denn die Praxis schaut leider anders aus. **Walter Worresch**, Obmann des Vereines „Die Pensionsbeitragszahler Österreichs“ zählt auf: Drei Viertel aller Über-75-Jährigen brauchen pflegende Unterstützung. Wobei 80 % dieses Aufwandes heute - noch - durch unbezahlte Arbeit innerhalb der Familie getragen wird. Aber: Jede zweite Ehe

wird geschieden und die Zahl der Singlehaushalte wächst. Im Wachstum sind leider auch typische Alterskrankheiten. Derzeit sind in Österreich rund 100.000 Menschen demenzkrank - bis 2050 werden 270.000 prognostiziert. Auch weitere Gefahren drohen: Alle sechs Minuten ein Schlaganfall in Österreich, 12.000 Herzinfarkte und 35.000 Krebserkrankungen jährlich.

Alle werden zur Kasse gebeten

Das alles belastet das staatliche Budget für Pflegegeld. Wobei in der Praxis das Pflegegeld ohnehin nur eine „Pflegebeihilfe“ ist. Denn es kann die Gesamtkosten des tatsächlichen Pflegebedarfs nicht decken, warnt Experte Worresch. Heißt für die Pflegebedürftigen: Sie haben eine finanzielle „Pflegelücke“, die die Betroffenen selber abdecken müssen sofern Einkommen und Vermögen es ermöglichen. Der Staat setzt dabei einen „zumutbaren Kostenbeitrag“ von 80 % des Nettoeinkommens inklusive anteiligem Pflegegeld und dem „verwertbaren Vermögen“ an. Wobei auch Ehepartner und die Kinder pflegeunterhaltspflichtig sind. Pflegebedürftige müssen also etwa ein Pflegebett so finanzieren: mit ihrem Einkommen (und teilweise des Ehepartners), mit der Pension, mit dem Pflegegeld sowie mit dem eigenen Vermögen. Wobei vom angesparten Vermögen nur 7.000 € und die Wohnung tabu bleiben. (Aber die Behörde ins Grundbuch geht und bei einem späteren Wohnungsverkauf die Hand aufhält.) Und dann gibt es noch in Bundesländern einen Pflegeregress für die unterhaltspflichtigen Familienmitglieder. Diese müssen dafür ihr Einkommen bei der Behörde offenlegen.

Fazit: Für die Betroffenen bedeutet das, dass sie zur Finanzierung der Kosten ihres Pflegeaufwandes sowohl mit ihrem Einkommen oder ihrer Pension als auch mit ihrem Vermögen gerade stehen müssen. Die Ehepartner werden bis zu einem Drittel ihres Nettoeinkommens zur Kasse gebeten, und alle unterhaltspflichtigen Angehörigen kommen über einen Pflegeregress ebenfalls finanziell dran.

Vermögen weg und Erbschaft weg

Was für die Praxis heißt: Im Worst Case bleiben dem Pflegebedürftigen maximal 7.000 € an „freibleibendem Vermögen“ und die eigene Bleibe. Und die Angehörigen zahlen über ihre Pflegeunterhalts- und Regresspflicht de facto eine „Vorab-Erbschaftsteuer“. Worresch: „Der Staat greift auf das Vermögen der Pflegebedürftigen zu, Schlupflöcher werden immer mehr geschlossen, zusätzlich wird über den Pflegeregress auch auf das Einkommen der Kinder zugegriffen. All das führt dazu, dass die heutige berufstätige Generation nichts mehr an die nachkommende Generation zu vererben haben wird.“

Manfred Kainz

Pensionen: Österreicher europaweit am meisten vom Staat abhängig



„Damit zukünftige Ruheständler ein Alterseinkommen in vergleichbarer Höhe mit dem der heutigen Pensionisten erzielen können, müssen sie ihr Sparverhalten und die Erwerbsbeteiligung ändern. Wer über ein angemessenes Einkommen im Alter verfügen möchte, sollte seine Alters-

vorsorge überdenken“, kommentiert **Dr. Wolfram Littich** (Foto), Vorstandsvorsitzender der Allianz Gruppe in Österreich, die Ergebnisse des aktuellen „Allianz Demographic Pulse“.

Leistungskürzungen bis zu 25 % bei erster Säule

In den westlichen Ländern wurden in den vergangenen fünfzehn Jahren zahlreiche Rentenreformen eingeleitet. Viele Maßnahmen hatten einen Rückgang des Rentenniveaus bei der gesetzlichen Vorsorge zur Folge. Berechnungen für 16 OECD-Länder zeigen, dass es in Staaten mit besonders weitreichenden Reformen im Durchschnitt Leistungskürzungen um 22 % für Männer und um 25 % für Frauen gab. Trotz dieser Entwicklungen sieht man im Europavergleich eine weiterhin starke Bedeutung der ersten Säule: Während in ganz Europa - mit Ausnahme von Finnland - der Anteil der ersten Säule als Quelle für das Einkommen im Alter schrumpft, liegt der Wert in Österreich auf hohem Niveau: 82 % des Einkommens eines Rentner-Haushalts kommen weiterhin vom Staat - damit liegt Österreich auf Platz 1 in den untersuchten europäischen Ländern. 5 % kommen aus privater Vorsorge, 13 % aus Erwerbstätigkeit. Finnen dieser Altersgruppe beziehen rund 80 % ihres Pensionseinkommens vom Staat, Franzosen 73 %, Italiener 72 %. Am wenigsten abhängig sind die Briten, welche nur 38 % des Alterseinkommens vom Staat beziehen. „Keiner vertraut so sehr auf den Staat wie Herr und Frau Österreicher“, so Littich.

Viertletzter bei Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer

Mittlerweile üben Arbeitnehmer europaweit ihren Beruf nicht nur deshalb länger aus, weil das Pensionsantrittsalter angehoben wurde, sondern weil ihre Einnahmen aus der ersten Säule geringer als erwartet ausfallen und sie länger als vorgesehen für das Alter sparen müssen. Als Folge erhöhte sich in Europa, Asien und den USA die Erwerbstätigenquote der 60- bis 64-Jährigen über die letzten zehn Jahre: In Europa war der Zuwachs in Deutschland und in den Niederlanden mit einer satten Verdoppelung besonders hoch, auch hierzulande konnte sich dieser Wert von 12,8 % im Jahr 2000 auf 22,5 % im Jahr 2010 beinahe verdoppeln. Im Vergleich zu den anderen Staaten befindet sich Österreich aber auf einem sehr niedrigen Niveau: In Westeuropa haben nur Frankreich (18,9 %), Belgien (21 %) und Italien (21,2 %) noch niedrigere Partizipationsraten älterer Arbeitnehmer. Spitzenreiter ist Schweden, wo fast zwei Drittel (64,6 %) der 60- bis 64-Jährigen im Erwerbsleben stehen.

Die neue Renten-Wirklichkeit

Nach mehr als zehn Jahren Pensionsreformen hat sich die Altersvorsorgestruktur in beinahe allen Ländern, die in der Allianz-Studie untersucht wurden, geändert. Fast durchgehend stieg der Anteil der betrieblichen und privaten Altersvorsorge am Alterseinkommen, wie auch die Bedeutung der Einkommen aus Erwerbstätigkeit. Doch ob diese Zuwächse in der tatsächlichen Ruhestandsphase ausreichen werden, um Kürzungen bei der staatlichen Rente vollständig aufzufangen, bleibt offen. Eine der zukünftigen Herausforderungen bestehe laut Studie darin, die Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmer zu verbessern. 65 % der Beschäftigten in Europa möchten die Möglichkeit erhalten, im Alter teils von Erwerbsarbeit und teils von Pensions-einkommen zu leben.

Neben der steigenden Bedeutung der Einkünfte aus betrieblichen und privaten Pensionsvermögen werden auch Einkünfte aus Erwerbstätigkeit in der Pension an Bedeutung gewinnen. „Die Menschen müssen sich auf die neue Pensions-Wirklichkeit einstellen. Das Vorsorgen fürs Alter könnte beispielsweise dadurch gefördert werden, dass vermehrt von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, Altersvorsorgebeiträge direkt vom Gehalt abzubuchen - wie etwa im Rahmen der betrieblichen Altersvorsorge - und in einen Rentenplan einzuzahlen“, so Littich abschließend.

Allianz/red.

Darstellung der persönlichen Berufsunfähigkeits- und Pflegesituation

NÜRNBERGER Versicherung bietet Berufsunfähigkeits- und Pflege-App



Foto: Ideenwerk

Kurt Molterer, Vorstandsvorsitzender NÜRNBERGER Versicherung AG Österreich

„Aus eigenen Umfragen wissen wir, dass sich die meisten Österreicher keine großen Gedanken darüber machen, ob sie jemals berufsunfähig oder pflegebedürftig werden könnten. Und für den Fall der Fälle vertraut man auf das staatliche Auffangnetz“, berichtet Vorstandsvorsitzender Kurt Molterer. Doch die Realität sieht zumeist anders aus. In der Regel klappt im BU-Fall eine beträchtliche finanzielle Lücke zwischen dem letztem Aktiveinkommen und der staatlichen Invaliditätspension. Aber auch die Finanzierung einer Pflegeversorgung wird viele trotz staatlichem Pflegegeld vor finanzielle Probleme stellen.

Ermittlung der individuellen Pflege-Wahrscheinlichkeit

Hier wollen wir ansetzen und bieten allen Interessierten umfangreiche Informationsmöglichkeiten, die sie über die Internetseite **www.bu-pflege-app.at** nutzen können. Auf dieser Website erfährt man alles Wissenswerte über die The-

men Berufsunfähigkeit und Pflegebedürftigkeit und den damit verbundenen Folgen für das tägliche Leben. Weiters gibt es die Möglichkeit, die statistische Lebenserwartung anzuzeigen und die individuelle Pflegewahrscheinlichkeit zu ermitteln.

Berechnung des Finanzbedarfs

Wenn man konkret wissen möchte, welche finanziellen Konsequenzen Berufsunfähigkeit oder Pflegebedürftigkeit für einen haben würden, dann kann man sich nach der Eingabe von Geschlecht, Geburtsdatum, monatlichem Nettoeinkommen und dem Alter zum Zeitpunkt des Arbeitsbeginns die BU-Lücke berechnen. Zur Berechnung der Pflegelücke ist darüber hinaus die Eingabe des Bundeslandes erforderlich, da die Pflegegeldsituation in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich geregelt ist.

So schließen Sie BU- und Pflegelücke

Mit der App lässt sich auch ausrechnen, was es kosten würde, die BU- und Pflegelücken zu schließen. Kurt Molterer zum Produktangebot der NÜRNBERGER: „Unsere Pflegeprodukte zeichnen sich durch hohe Flexibilität in Bezug auf Einstieg, Prämiengestaltung, Leistung sowie Gewinnbeteiligung aus. Wir arbeiten mit einem dualen Beurteilungssystem und berücksichtigen auch Autonomieverlust infolge Demenz. Die NÜRNBERGER Pflegeversicherung ist auch mit der Berufsunfähigkeits-Versicherung Plan B kombinierbar - damit lassen sich zwei Vorsorgelösungen in idealer Weise unter einen Hut bringen.“

Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg

NÜRNBERGER
Versicherung AG Österreich



Engeltliche Einschaltung

Das nächste Sonderthema
Vorsorge Spezial
erscheint am 13. Juni 2013.

Informationen und Fragen unter
ks@boersen-kurier.at

Verantwortlich: Klaus Schweinegger